

SPD

50 Jahre Kommunalpolitik

in Strande

Reinhold Manz (SPD) erinnert sich



Meinen Erinnerungen an die vielen Jahre in Strande sei ein kleiner Rückblick auf die Geschichte der SPD vorangestellt, denn das ist letztendlich der Hintergrund, dem ich mich bei meinen verschiedenen Tätigkeiten auf Landesebene und in der Kommunalpolitik verpflichtet fühlte.

Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet und Ferdinand Lassalle zu seinem 1. Präsidenten gewählt. Das war die Geburtsstunde der **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**, die somit auf eine lange Tradition im Kampf um demokratische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit zurückblicken kann.

Schon unter dem Reichskanzler Fürst von Bismarck wurde die Partei verboten, und auch während des nationalsozialistischen Regimes wurde die SPD mundtot gemacht, ihre Mitglieder lebten in Furcht und Schrecken, nicht wenige mussten ihre Treue zur Partei mit dem Leben bezahlen.

Unvergessen ist, dass im Jahre 1933 die SPD unter Otto Wels als einzige Partei gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte.

Nach dem Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“ begann in ganz kleinen Schritten der Wiederaufbau des fast völlig zerstörten Landes.

Restdeutschland war für die ersten Nachkriegsjahre durch die Siegermächte in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Es gab eine englische, eine amerikanische, eine französische und eine russische Besatzungszone (die spätere DDR, das damalige zweite Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik).

Das Land Schleswig-Holstein gehörte zur englischen Besatzungs-Zone und der damalige englische Commander , in der Demokratie aufgewachsen, bemühte sich auch hier alsbald demokratische Verhältnisse zu schaffen. Und hierzu waren Wahlen, zuerst Kommunalwahlen, notwendig.

Die in Kiel ansässige Militär-Regierung verfügte, dass am 15.9.1946 und am 13.10.46 die ersten freien und demokratischen Wahlen in Schleswig-Holstein für die Stadt- und Gemeindeparlamente durchzuführen waren.

Bei den Wahlkundgebungen dominierten zumeist soziale Fragen, auch wurden sehr kritische Töne gegen die Siegermächte laut. Insbesondere wurde die Freilassung der Kriegsgefangenen und die Einstellung der Demontagen verlangt. Auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgeprobleme des zweiten Weltkrieges (z.B. das große Flüchtlingselend), welche die

Gemeinden allein nicht lösen konnten, standen mit auf dem Katalog der Wähler.

Auf Grund der durchlebten traurigen Verhältnisse errangen die SPD-Kandidaten hohe Stimmenergebnisse und stellten vielerorts den Bürgermeister.

Auch hatte uns alsbald die englische Militär-Regierung eine neue Gemeindeordnung - nach englischen Demokratieverständnis - verordnet. Die Kommunalverwaltungen mussten wieder umlernen.

In Strande wurden seinerzeit folgende Bürgermeister gewählt:

Nach Kriegsende der Fischer Andreas Wellendorf für die Zeit vom 3.1.1946 – 1.10.1946. Durch ihn wurden der langjährige NS-Bürgermeister Heinrich Winter und der NSDAP- Ortsgruppenleiter Bauer Albert Nören abgelöst.

Sodann der Arbeiter Friedrich Hilbert (1.10.1946 – 29.10.1946).

Die richtige Aufbau- und Verwaltungsarbeit in Strande begann mit Bürgermeister und Kunstmaler Bernhard Jöhnk (SPD), der von 29.10.1946 – 17.5.1951 der Strander Gemeindevertretung vorstand.

Ihm folgten für lange Zeit der Gutsbesitzer Hans Helmut Rodde (17.5.1951 – 22.5.1970), nach ihm der Landwirt Gevenich von Neergard, der Pächter auf dem schweizerischen Gut Eckhof war (22.5.1970 – 12.4.1978). Dann kam der Gastwirt und Hotelbesitzer Ernst August Petersen (12.4.1978 – 21.09.1998).

Der jetzige Strander Bürgermeister Udo Lüsebrink ist seit dem 21.9.1998 mit diesem Amt betraut.

Für die Gemeindeverwaltung während der NS-Zeit wäre nachzutragen: Frau Berta Winter, die Ehefrau des damaligen Bürgermeisters, resolut und bestimmend, war noch bis Anfang 1947 in der kleinen Gemeindeverwaltung im Hause Winter / Dorfstraße als Schreibkraft tätig.

Die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde wurden damals ehrenamtlich durch Kassenverwalter Bauer Alfred Kähler verbucht.

Gemeindliche Ausschüsse oder Mitwirkung von Einwohnern hatte es in der diktatorischen Gemeindeverwaltung nicht gegeben, denn was die Partei sagte, war immer rechtens.

Mit dem neuen Verwaltungspersonal wurde die Verwaltungsarbeit November 1946 und Januar 1947 neu organisiert (Reinhold Manz, Waltraud Wagner).

Wann eine offizielle Gründung des SPD-Ortsvereins Strande stattfand, konnte nun nicht mehr ermittelt werden (wahrscheinlich rechtzeitig für die 1. Kommunalwahl im Sommer 1946). Bekannt ist jedoch, dass Genosse Walter Deter hier der 1. SPD-OV-Vorsitzende war. Nach seinem kurzen Aufenthalt in Strande wurde der Maurerpolier Genosse Artur Merkel als OV-Vorsitzender gewählt. Er war viele Jahre in diesem Amt sehr aktiv tätig. Und als Gemeindevertreter bemühte sich Artur Merkel mit seinem Parteifreund Bernhard Jöhnk unter anderem sehr um den Aufbau des Ortsinneren (Wohnungsbau, Straßenbau u.a.) und auch um die Verbesserung der Lebensbedingungen und Wohnverhältnisse der Flüchtlinge in den vier Lagern (Marienfelde, Leuchtfeuer Bülk und 2 sog. Scheinwerferbaracken in Alt-Bülk und Neu-Bülk).

Auf behördliche Anordnung mussten nun die Gemeindeverwaltungen hauptamtliche und ausgebildete Verwaltungskräfte beschäftigen, zumal sich die Verwaltungslast durch die Flüchtlingsbelegung in den Gemeinden stark erhöht hatte. Die damit verbundenen Verwaltungsarbeiten und die ersten Aufbauleistungen in den Gemeinden erforderten große Anstrengungen auf vielen Gebieten.

Gesundheits- und Sozialminister Kurt Pohle (SPD) bat mich, dass ich mich als Gemeindesekretär der Gemeinde bewerben möge. Am 10.11.1946 traf ich in Strande ein und stellte mich sogleich bei Bürgermeister Jöhnk vor.

Meine Anstellung in Strande erfolgte somit kurz nach der Wahl des SPD-Bürgermeisters Jöhnk.

Die Gemeindeverwaltung wurde recht bald in die bisherige RAD- Baracke am Hafen (vor dem Hause Albert Nöhren) verlegt. Auch zwei kleinere Wohnungen in primitivster Art waren in dieser Baracke.

Es war nun also ein pommerscher Flüchtling als Exekutive für Strande und eine ausgebildete Verwaltungskraft als Stütze für den Bürgermeister und die Gemeindevertretung in diesem überbelegten Fischerdorf an der Kieler Außenförde tätig. Schon vor Dienstantritt wusste ich, dass diese Arbeit und Aufgabe nicht leicht sein würde, wenn sozialdemokratische Grundsätze in die Tat umgesetzt werden sollten.

Meine plattdeutschen Sprachkenntnisse aus Pommern halfen über so manche Schwierigkeiten hinweg und trugen zum besseren und

gegenseitigen Verständnis - insbesondere auch wegen der strikten Kommunalregelungen durch die Militärregierung - in der Bevölkerung bei.

Hinzufügen darf der Autor Reinhold Manz, dass er am 5.7. 1920 in Stettin-Alt-damm (nun polnisch) geboren wurde, dort als Verwaltungsdienstangestellter alle Sparten der Kommunalverwaltung erlernte und seit dem 25.4.1946 Mitglied der SPD ist.

Erst nach dem Ausscheiden aus dem Dienst der Amtsverwaltung Dänischenhagen (Ämterreform in Schleswig-Holstein) und meinem Dienstbeginn als hauptamtlicher Fraktionsgeschäftsführer bei der SPD-Landtagsfraktion in Kiel (10.01.1959-31.07.1985), Landeshaus, durfte ich bei der folgenden Wahl zur Gemeindevertretung (25.10.1959) kandidieren. Bis 1986 war ich dann Gemeindevertreter und für verschiedene Funktionen gewählt.

In allen Gemeinden ging es langsam voran, obwohl die Aufgaben recht groß waren.

Lebensmittel, Kleidung, Baustoffe, Haushaltswaren und vieles mehr waren große Mangelware und waren nur auf Lebensmittelkarten und behördliche Bezugsscheine und Dringlichkeit zu beschaffen. Gemeindevertretung und Verwaltung begrüßten es, dass sie insbesondere für soziale Beschlüsse Hinweise von den Lagerleitern und dem Flüchtlingsbeauftragten erhielten.

Nach der Währungsreform am 21.6.1948 (RM ; DM) wurde es besser. Für die Bevölkerung und die Kommunen waren schwierige Verhältnisse und Zeiten zu überstehen. Die Versorgung der Einwohner, die verschiedenen Flüchtlingsprobleme, der notwendige Siedlungsbau und die Schulsituation standen zumeist auf den Tagesordnungen von Gemeinde und Partei.

Im SPD-ÖV und der Fraktion wurden die anzupackenden Leistungen für die Lebensverbesserung der Menschen und Aufbauleistungen in der Gemeinde eingehend beraten. Die GV übernahm zumeist die dort gefassten Beschlüsse.

Die Gemeindevertretungen bestanden größtenteils aus Mitgliedern der SPD, CDU, FDP und des BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (Frau Elisabeth Porath)). Die Sitzungen der Gemeindevertretung fanden in den ersten Nachkriegsjahren zumeist monatlich statt. Wenn dringende Entscheidungen anstanden, wurden die Sitzungen auch kurzfristig einberufen, zumal diese auf Grund der schwierigen Nachkriegsverhältnisse,

insbesondere auch durch die Überbelegung dieses kleinen Ortes, notwendig waren. Zur Vorbereitung derselben wurden in der SPD Strande ebenfalls Sitzungen gemäß eines Grundsatzbeschlusses des SPD-Ortsvereins abgehalten.

In den Sitzungen der GV und der Ausschüsse waren die SPD-Mitglieder den anderen Kollegen im Wissen zumeist voraus, weil sie in sonntäglichen Unterrichtungen über kommunale Anliegen, Gesetze und Verfügungen der Militärregierung in Dänischenhagen (Gasthof Bierbas) geschult wurden. Diese Hinweise wurden in unseren OV- und Fraktionssitzungen weiter behandelt und auch möglichst für die Gemeinde umgesetzt. Die SPD-Mitglieder nahmen den sonntäglichen Freizeitverlust zum Wohle der Gemeinde in Kauf.

Weiter muss aufgezeigt werden, dass ein gutes Einvernehmen zwischen den Gemeindevertretern vorhanden war, zumal wir alle doch unsere Politik für die Bürger verwirklicht sehen wollten.

Auch war die Zusammenarbeit für die Praxis zwischen Bürgermeister Bernhard Jöhnk, Reinhold Manz, Willi Schünemann, Artur Merkel und Karl Zimmermann u.a. (alle SPD) sehr gut.

Nachdem Artur Merkel aus Altersgründen und nach vielen Jahren seinen OV-Vorsitz aufgegeben hatte, wurde Reinhold Manz als neuer OV-Vorsitzender gewählt.

Seine Arbeitsüberlastung wurde nach Jahren jedoch so stark, dass Heike Ortmann als OV-Vorsitzende gewählt wurde. Ihr folgen Klaus Richter, Helmut Beuke, Wolfgang Thomsen u.a.

Einige weitere Genossen aus früheren Jahren – soweit noch erinnerlich-:

Elfriede Jöhnk	Bruno Arndt
Paul Link	Otto Lukas
Johannes Paustian	Erich Mallwitz
Bernhard Hilbert	Emil Simanek
Johannes Stüven	Klaus Gosau
Otto Hamann	Wilfried Gerling
Georg Kopplin	Heinz Dettmann
Felix Reinhard	Detlef Ortmann
Erich Maurischat	Roland Sillus

Sie alle hatten durch ihre politischen und kommunalpolitischen Tätigkeiten Anteil am Aufbau unseres Ortes. Und hierzu zählten recht viele Maßnahmen. Und nicht nur auf Parteitagen, auch bei politischen Konferenzen, Schulungen usw. erfuhren die Genossen, dass die Partei stets für Frieden und Freiheit, für Demokratie, Menschenwürde und Gerechtigkeit eintrat. Auch die SPD-Strande sandte schon langer Zeit Delegierte mit und ohne Stimmrecht zu solchen Parteiveranstaltungen, wo auch die Politik für die weitere Zukunft eingehend behandelt wurde.

Bedauerlicherweise kam ein „schwarzer Tag“ für unsere Partei: Haus und Wohnung unseres damaligen OV-Vorsitzenden Roland Sillus in Freidorf brannten vollständig aus und damit gingen auch alle SPD-Unterlagen aus den vorangegangenen Zeiten verloren. Das war am 04. Februar 1997.

Daher beruhen diese Ausführungen weitestgehend auf persönlichen Erinnerungen an meine haupt- und nebenamtlichen Tätigkeiten in Strande.

Sicherlich könnte ich vieles noch ausführlicher darstellen, doch das würde den Rahmen dieser Aufzeichnungen sprengen.

Ja, die Entwicklung Strandes vom kleinen Fischerdorf mit anfangs 13 Häusern zur Stadtrandgemeinde, an der die SPD nicht wenig Anteil hatte, kostete viel Entschlusskraft, Arbeit und planerische Weitsicht.

Es ist meine feste Überzeugung, dass sich diese Arbeit für die Einwohner Strandes und die nachfolgenden Generationen gelohnt hat, auch für die pommerschen und ostpreußischen Flüchtlinge, für die Strande nach dem Krieg zur zweiten Heimat wurde.

Reinhold Manz

Juni 2010